

ausgeliehen, es konnte noch an demselben Tage gemäß § 609 mit vierteljährlicher Wirkung gekündigt werden, infolgedessen beginnt seine Verjährung mit dem Ablauf des 1. April, also am 2. April 1910, und sie endet mit dem Ablauf des 1. April 1940, ist also vollendet am 2. April 1940.

— (Aus dem Sächsischen Gesetzblatt.) Das Sächsische Gesetzblatt Nr. 22 vom 29. August enthält eine Verordnung über die Vorbildung, den Vorbereitungsdienst und den Befähigungsnachweis der Gewerbeaufsichtsbeamten, eine Aenderung der Verordnung über anderweitige Ausführung des Reichsimpfgesetzes und eine Bekanntmachung weiterer Bestimmungen zur Durchführung eines Gebietsaustausches mit dem Lande Thüringen.

— (Zulassung zum mittleren Eisenbahndienst.) Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat eine Verfügung erlassen, wonach die Inhaber des Reifezeugnisses einer deutschen Aufbauschule zur Bewerbung als Zivil Supernumerar für die mittlere, nichttechnische Reichsbahn-Beamten Ausbildung zugelassen werden.

— (400 Mill. RM. Spareinlagen in Sachsen.) Wie aus Dresden gemeldet wird, sind bei den 351 sächsischen Sparkassen im Juli 28,31 Mill. RM. ein- und 15,59 Mill. RM. ausgezahlt worden, so daß sich ein Einlageüberschuß von 12,72 Mill. RM. ergibt. Das Einlageguthaben einschließlich der bisher berechneten Zinsen war Ende Juli auf 398,80 Mill. RM. angewachsen. Inzwischen ist es im August auf über 400 Mill. RM. gestiegen.

Ohorn. (Die Mütterberatung) findet am Mittwoch, den 5. September, nachm. 2 Uhr im Rathaus statt. Arzt wird anwesend sein.

Großhöhnsdorf. (Unfall mit Todesfolge.) Beim Streichen von Brüstenteilen der Röderbrücke an der Paulerschen Mühle stürzte am Sonnabend der Maler Otto Philipp auf noch unaufgeklärte Weise ab, schlug mit dem Kopfe an die Mauer an und fiel ins Röderbett. Er zog sich dadurch eine Wunde am Hinterkopfe zu, die anfangs zu Bedenken keinen Anlaß gab. In den Folgen des Unfalles ist er jedoch am Montag unerwartet verschieden.

Ramenz. (Wochenmarkt.) Auf dem gestrigen Wochenmarkt kosteten u. a. Blumenkohl 20—100, Spinat 35, Zwiebeln 20, Bohnen 25—30, Rhabarber 15, neue Kartoffeln 6—10, Rotkraut 30, Weißkraut 20, Tomaten 30 (Solländer 40), Reineclauden 40, blaue Pflaumen 30, Spillchen 30, Birnen 10—25, Äpfel 40, Kürbisse 60—80 Pfg. das Pfund, Gurken 10 Pfg. das Stück, Gärtnergurken 30 Pfg. das Pfund, Einlegegurken 3—4 Mark das Schock, Möhren 20 Pfg. das Bündel, schwarze Rettiche 10, Staudensalat 6—10, frische Kohlrabi 5—10 Pfg. das Stück, Heidelbeeren 65, Preiselbeeren 70 Pfg. das Liter.

Baugen. (Strenges Vorgehen gegen rückwärtslose Motorradfahrer.) Im Verlauf der vergangenen Woche kamen eine große Anzahl Motorradfahrer zur Anzeige und zur Verurteilung, weil sie mit ihren Fahrzeugen durch Rauch und insbesondere Geräusch erhebliche Belästigungen verursacht hatten. In einigen Fällen wurde sogar festgestellt, daß die Schalldämpfe bzw. Widerstände aus dem Auspuffrohr entfernt worden waren. Bei Ausmessung der Strafe wurden die Betroffenen natürlich ganz besonders bedacht. Die Polizeibeamten haben erneut Anweisung erhalten, gegen derartige Zuwiderhandlungen auch weiterhin ohne jede Nachsicht einzuschreiten und Strafanzeige zu erstatten.

Großhennersdorf. (Auf tragische Weise ums Leben gekommen) ist am Sonnabend das 2 1/2-jährige Söhnchen des Gutsbesitzers Härtel. Das Kind wollte, wie es das öfters tat, aus der Wasserleitung im Hof trinken. Dabei ist es ausgerutscht und in einen mit Wasser gefüllten Steintrichter gefallen und ertrunken. Als der etwas ältere Bruder seinen Eltern meldete, daß das Brüberchen im Wasser liege, war es zur Hilfeleistung zu spät.

Dresden. (Sächsische Sozialdemokraten fordern Ausschluß der Ministergenossen.) Die Fälle der scharfen Proteste der sächsischen Sozialdemokraten gegen den Panzerkreuzerbau hat eine Bereicherung erfahren durch eine Entschließung der Ortsgruppe Plauen der S.P.D., die sich durch eine ganz besondere Schärfe auszeichnet. Es heißt in dieser Entschließung: „Die Ortsgruppe Plauen stellt beim Parteivorstand den Antrag, die Genossen Müller, Hilferding, Severing und Wißel wegen parteischädigenden Verhaltens auszuschließen.“ Der Antrag soll, wenn ihn der Parteivorstand nicht bis zum nächsten Parteitage nachgekommen sei, dem Parteitag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Leipzig. (Nichtmeldung eines Mantos ist Amtsunterschlagung.) Es ist berichtet worden, daß am 21. August der Ferienstrafenrat des Reichsgerichts sich mit dem Fall Rau — Plauen beschäftigt hat und daß die reichsgerichtliche Entscheidung über diese Angelegenheit, bei der es sich um Amtsunterschlagung, Betrug und Urkundenunterdrückung sowie um Untreue eines Eisenbahnbeamten in Plauen handelt, am 28. August gefällt werde. Diese Entscheidung geht nun dahin: Das Urteil des Landgerichts Plauen, durch das Rau wegen den erwähnten Delikten am 9. Februar d. J. zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wird aufgehoben; die Sache wird zu neuer Verhandlung nach Plauen zurückverwiesen. Dabei wurde nur der durch den Staatsanwalt eingereichten Revision stattgegeben, der die Verurteilung deshalb bemängelte, weil sie nicht wegen Untreue erfolgt war. Die Revision des Angeklagten wurde als unbegründet verworfen. Für ihn habe die dienstliche Verpflichtung bestanden, ein entliehenes Kasemantel zu melden; diese Dienstpflicht habe Rau außer Acht gelassen. Es liege auch, entgegen der Behauptung des Rau eine Vermögensbeschädigung vor, denn er selbst habe seine Negativpflicht ja anerkannt und daraus folge, daß er auch die vorliegende Vermögensbeschädigung anerkannt habe.

Leipzig. (Messe diebstahl.) Aus dem Messehaus „Großer Reiter“ ist ein großer wertvoller Muster-

einzelte Westen, die in Deutschland zugunsten des Friedens gemacht würden, stülpe. Die deutschen Sozialisten wünschten zwar den Frieden, aber nicht die anderen Parteien. Auf alle Fälle müsse Belgien alles daransetzen, um den deutschen Einmarsch in Belgien zu verhindern. Um dies zu ermöglichen, müsse der zur Aussprache stehende Gesetzentwurf angenommen werden.

loffer gestohlen worden. Den Inhalt hat der Dieb, soweit er ihm nicht verwertbar erschien, dem Bestohlenen durch einen Eilboten wieder zugesandt. — Aus der Technischen Messe wurde ein Lautsprecher gestohlen und aus der „Dibega“ ein feines Mikroskop.

Leipzig. (Gegen Ausdehnung der Krankenkassenversicherung.) Die Gewerkekammer Leipzig erklärt, daß sie sich gegen eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf den gewerblichen Mittelstand mit aller Energie wenden werde. Handwerk, Handel und Gewerbe seien nicht dazu berufen, zu einem finanziellen Lastenausgleich auf dem Gebiete der Krankenversicherung beizutragen. — Die Kammer fordert ferner mit den anderen sächsischen Gewerbetammern zusammen ein gesetzliches Verbot des Zugabewesens.

Oberlungwitz. (Die Bismarrrattenplage.) In Oberlungwitz hat der bekannte Bismarrrattenfänger Tomczek wieder vier ausgewachsene Bismarrratten abliefern können. — Von dem Wirtschaftsgesellen Richard Pfeiffer in Dönherrich wurden im dortigen Gemeindegarten drei Stück Bismarrratten abgeliefert, die er in einem der Teiche, die an dem nach der Haltestelle führenden Wiesenwege gelegen sind, gefangen hat.

Sörnwitz. (Tödlicher Unfall.) Ein schwerer Unfall, der erneut und eindringlich zur Warnung dienen mag, trug sich in Sörnwitz zu. Ein Lastzug, bestehend aus Zugmaschine und zwei Anhänger, fuhr in Richtung Brockwitz — Dresden durch den Ort. Der achtjährige Sohn eines daselbst wohnhaften Kraftwagenführers Leopold beging die schon so oft gerügte Unfitt, sich an einen der beiden Anhänger zu hängen, um auf diese Weise ein Stück mitzufahren. Er sprang dann plötzlich ab und lief im nächsten Augenblick in ein aus Dresden kommendes Personenauto hinein. Der unvorsichtige Junge wurde dabei so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Ruhiges Messengeschäft in Leipzig.

Die Messestadt Leipzig steht nun im Zeichen der Verbindung mit der Baumeffe veranstalteten Bautagung, die eine sehr große Anzahl von sachverständigen und fachtechnischen Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands nach Leipzig gezogen hat. Die technische Messe und in ihr die Baumeffe sind deshalb belebter als an allen Tagen zuvor. Man sieht insbesondere auf der Baumeffe zahlreiche ernste Interessenten und man berichtet von beachtlichen Exportaufträgen. Liberal sind wenigstens die auf die Herbstmesse gesetzten Erwartungen — von Haus aus freilich in Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftslage nicht besonders hoch — ziemlich erfüllt worden. In Zeiten des sich verringernenden Absatzes muß durch besonders intensive Propaganda nachgeholfen werden und das Interesse wendete sich liberal den besonders zugkräftig erscheinenden Reklamemethoden zu. In der allgemeinen Beurteilung des Messelebens hat sich nichts geändert: Das Geschäft wickelt sich sensationlos ab, an vielen Stellen sogar wider Erwarten ruhig.

Der Messe-Donnerstag

Leipzig, 30. August. Der Messe-Donnerstag hat in erster Linie die traditionelle Sitzung des Verwaltungsrates des Leipziger Messeamtes gebracht. Wenn auch ein Gesamtbericht über die Verhandlungen dort nicht ausgegeben wird, so ist doch bekannt geworden, daß die Leipziger Messe sich für die nächste Zeit mit großen Plänen trägt. Zunächst steht bereits fest, daß die Frühjahrsmesse, hauptsächlich die Technische Messe, ein Rekordeignis zu werden verspricht. Diese Schlüsse zieht man aus den bereits erfolgten Anmeldungen sowohl als auch aus eingelaufenen Anfragen, und man trägt sich mit dem Gedanken, die Ausstellungsgelegenheiten noch mehr zu erweitern, als das bisher schon beabsichtigt war. Notwendig werden diese Maßnahmen hauptsächlich für die Textilmesse, deren Besucher sich ausbreiten möchten; hier hat auch für bestimmte Erzeugnisse mittlerer Qualitäten und mittlerer Preise ein ganz beachtliches Geschäft stattgefunden. Hauptsächlich wären zu nennen: Strick- und Wirtwaren, Strumpfwaren, Wäscheartikel, Weißwarenkonfektion, Wolldecken und Künflerdruckwaren. Die Sitzwarenmesse, wo die Einzelumsätze naturgemäß nicht sehr hoch sein können, hat im Ganzen ein befriedigendes Geschäft gemeldet. Hier sind auch bessere Packungen für Geschenkzwecke gefragt gewesen.

Gewisse Schwierigkeiten der Unterbringung haben den Gedanken erweckt, ein Hochhaus zu Verberbergungszwecken für Messgäste zu errichten. Man ist entschlossen, das zu tun und vor allem ist die sehr umstrittene Frage des Bauplatzes gelöst. Die Stadt hat ein jetzt noch überbautes Gelände zur Verfügung gestellt und der Bau soll bis zur Herbstmesse 1929 beziehbar sein. Auch aus diesem Entschluß ist zu sehen, daß man sich gerade in verantwortlichen Kreisen auf eine stetige Zunahme der Messesfrequenz einstellt. Im allgemeinen kann man von der Leipziger Herbstmesse auch heute nur sagen, was an den vorhergehenden Tagen gesagt worden ist: Die auf die Messe gesetzten Hoffnungen waren nicht sehr hoch und deshalb kann man auch von Enttäuschungen nicht sprechen.

Zuständigkeitsbereich praktischer Tierärzte.

Um Mißverständnissen in Landwirtschaftskreisen vorzubeugen, macht die Pressestelle der Landwirtschaftskammer darauf aufmerksam, daß das Wirtschaftsministerium dahin entschieden hat, daß gegen private Abkommen von Tierärzten über den jeweiligen Zuständigkeitsbereich gemäß der Gewerbeordnung nichts einzuwenden ist. Die Tierärzte haben aber die Verpflichtung übernommen, im Falle der Not und Behinderung eines Kollegen auch in dessen Zuständigkeitsbereich ohne weiteres Hilfe zu leisten.

Kommunistisches Volksbegehren.

Berlin. Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Pieck und Münzenberg überreichten im Reichsinnenministerium den Zulassungsantrag auf Einleitung des Volksbegehrens für den Gesetzesantrag: „Der Bau von Panzerkreuzern und Kriegsschiffen ist verboten.“ Der Antrag ist unterzeichnet von der kommunistischen Partei und dem Rotfrontkämpferbund.

Rücktritts-Fabeln

(Eigene Meldung.)

Trotzdem die Forderung der „Germania“ nach dem Rücktritt Stresemanns von ihr selbst später abgeschwächt wurde, unterhält man sich in Berliner politischen Kreisen nach wie vor über die Möglichkeit, daß der Reichsaußenminister seinen Posten abgeben würde. Nach unseren Informationen denkt Herr Stresemann aber zurzeit keineswegs an einen Rücktritt, der auch zum jetzigen Augenblick von seinen Parteifreunden nicht als richtig erachtet wird. Dagegen sollen dieselben Freunde Herrn Stresemann vor einem halben Jahre eine Ausspannung von zwölf Monaten dringend angeraten haben. Dieser Zeitpunkt sei nun verpaßt und ein Auscheiden des Reichsaußenministers aus der amtlichen Politik ohne schwere innerpolitische Erschütterungen nicht mehr möglich. Stresemann selbst hat sich eng mit der großen Koalition verbunden, die sich bei Parlamentsbeginn im Spätherbst offiziell festigen soll. Um die Fäden nicht aus den Händen zu verlieren und die jetzige vorübergehende große Koalition nicht frühzeitig zum Zerplatzen zu bringen, will Stresemann nicht in die Ferne des ägyptischen Klimas entzogen, das ihm die Ärzte eigentlich verordnet hatten. Stresemanns Einfluß ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die vier sozialdemokratischen Reichsminister den Panzerkreuzer schieden. Nach diesem großen innenpolitischen Erfolge denkt der völkerverfeindliche Führer erst recht nicht an Rücktritt, obwohl das Bild seiner Krankheit zu schweren Sorgen für die Dauer Anlaß gibt. Ob der Reichspräsident von Hindenburg den Panzerkreuzer durch die Drohung mit dem Rücktritt erzwingen, ist nach unserer Kenntnis dieser inneren Vorgänge nicht anzunehmen. Hindenburg spielt keineswegs mit dem Rücktritt, so daß eine Präzedenzfallstrafe kaum zu erwarten wäre, selbst wenn sich die Dinge im Rechte noch mehr nach links entwickeln sollten. Im übrigen meint man in vertrauten Kreisen zu wissen, daß die vier sozialdemokratischen Reichsminister gegen den Panzerkreuzer kaum kämpfen, sondern ihn gewissermaßen aus dem Handgelenk bewilligten. Irrendemselbe besondern Hilfsmittel Hindenburg waren nach Stresemanns Vorgehen gar nicht nötig; und die schlechte Behandlung, die nun Reichsbanner und Sozialdemokratie dem Reichspräsidenten zukommen lassen — und über die Hindenburg in der ihm eigenen Art ruhig lächelt — bedeutet nichts anderes, als eine bewußte Verbeugung vor der sozialdemokratischen irreführten Masse.

Nichts Gutes in Genf?

(Eigene Meldung.)

Nachdem die Pariser Festlichkeit vorbei und die Dinge wieder in klarerer Beleuchtung dastehen, ist man sich im offiziellen, wie allerwärts im parteipolitischen Berlin darüber einig, daß in Genf für die Rheinland-Räumung nicht viel zu holen sein werde. Es heißt allerdings, daß der sozialdemokratische Reichstanzler Müller in der Räumungsfrage ein schärferer Gegner sein soll und energischer aufzutreten sich vorgenommen habe, als es Stresemann jemals tat, aber selbst in der Möglichkeit der vorzeitigen Räumung der zweiten Zone dürfte, auch nach Meinung der Wilhelmstraße, ein Erfolg nicht gesehen werden. Das Wichtigste erscheint überall, dafür zu sorgen, daß die militärisch stark ausgestattete dritte Zone nicht eine dauernde Festung für Frankreich und gegen Deutschland bleibe, die als nicht leicht zu nehmende Gefahr am deutschen Zukunftshimmel steht. Die belgische, wie französische Presse ist in ihren Beurteilungen heute sehr dazu angetan, dem deutschen Reichstanzler für die Reise nach Genf zuzurufen: Vorsicht und Rückgrat!

Die Begründung des Urteils gegen Lambach.

Berlin. Aus der Urteilsbegründung des Parteigerichts im Falle Lambach hebt die Deutschnationale Pressestelle folgende Punkte heraus:

Dem Landesvorstand Potsdam II wird darin beigetreten, daß der Aufsatz „Monarchismus“ des Abgeordneten Lambach nach Form und Inhalt scharf zu mißbilligen ist. Andererseits hat das Parteigericht unter Würdigung des gesamten Sachverhalts die Überzeugung gewonnen, daß der Abgeordnete Lambach nicht einen Verstoß gegen das Parteiprogramm beabsichtigt habe, sondern der Partei habe nützen wollen. Da die monarchische Festhaltung des Herrn Lambach und sein öffentliches Eintreten dafür außer Zweifel stehen, und er überdies sein Bedauern ausgedrückt hat, welche der Verurteilung verleiht zu haben, kommt das Parteigericht zu dem Schluß, daß man Herrn Lambach nicht aus der Partei ausschließen könne, weil er einen falschen Weg eingeschlagen habe für ein Zweck, den er als für die Partei nützlich hielt. Es bleibt aber die Mißbilligung, die auch das Parteigericht zu dem Aufsatz „Monarchismus“ ausgesprochen muß. Deswegen ist gemäß § 21, Abs. 2 der Satzungen auf einen Verweis erkannt.

Die Auseinandersetzung, die Herr Lambach an einem Aufsatze des Reichstagsabgeordneten Bang geknüpft hat, wird als eine grobe Laßlosigkeit angesehen, die das Parteigericht rügen muß. Es kann aber kein Tatbestand erblickt werden, der nach § 17 der Satzungen den Ausschluß eines Parteimitgliedes rechtfertigt.

Der „fliegende Holländer“

der Reichsmarine.

Das fernlenkbare Zielschiff „Zähringen“.

Wilhelmshaven. Das fernlenkbare Zielschiff „Zähringen“, das gelegentlich der letzten Schießübungen der Reichsmarine in Gegenwart des Reichspräsidenten zum ersten Male in Dienst genommen wurde, wurde jetzt einer Reihe von Vertretern der Presse in Tätigkeit vorgeführt. Fast aller Einrichtungen beraubt,

ohne Seitenfenster, kahl und leblos, führte das Schiff wie ein Gepanzerter, ein „fliegender Holländer“, die ihm funktentelegraphisch hinübergegebenen Befehle aus, fuhr schnell oder langsam, änderte seinen Kurs nach jeder Richtung mit jeder möglichen Geschwindigkeit, ließ einen Scheinwerfer oder sonstige Laternen leuchten oder wieder ausgehen und verfuhr sich sogar durch Nebelentwicklung den Augen der Beschauer zu entziehen.

Bewirkt wird dies Manöver durch einen Apparat, der mit einer Antenne verbunden ist. Daneben ist ein System

von el
wünj
zeit
aus di
mit ein
„Zähr
tungen
nicht i
brände
sehran
speiun
ein sol
vorgef
Begleit
Berfj
fügung
worden

Ein

feinen
die St
bergel

Gefühl
maße
weist
die Ra

nerhin
daß
die du
aufsel
minde
sollte
Erinn
sich fo
daß d
pflicht
hietel

Abri
führu
Wirkf
stellen

Gleich
feiert
die W
gemäß
müße
müße
beigel

3

lich d
berich
der de
er sel
die th
reiche
die de
schen

D

tagu
fchde
war.
sein
daß
In b
sich
bezie
Grun
In b
In b
der s
na l
Scha
gefur
Stan
finde
neber
A u
die S
Grun
sozial
Fried

Zer

Zur

öffne
indul
Zeit
genon
wicht
Denn
der s
nom
viel
Hilf